



Foto: © Lode Soidane

Wachstum für Wen?

Die Verantwortung der G20 in Landwirtschaft und Ernährung

Die Art und Weise wie Landwirtschaft gestaltet ist und wie unsere Nahrung produziert wird, betrifft uns alle. Landwirtschaft ist durch globale Wertschöpfungsketten geprägt. Sie trägt maßgeblich zum Klimawandel bei und ist nach wie vor der wichtigste Treiber für den weltweiten Rückgang der Artenvielfalt. 70% des weltweit genutzten Süßwassers wird in der Landwirtschaft genutzt.

Auch die Agenda des diesjährigen G20-Gipfels in Hamburg kommt nicht um das Thema Landwirtschaft herum. Die deutsche Präsidentschaft setzt es sogar in den Fokus. Unter der Überschrift „Verantwortung übernehmen“ stehen die Themen: Landwirtschaft / Ernährungssicherung und Partnerschaft mit Afrika. Auch die Umsetzung der Agenda 2030, die als ein wichtiges Ziel die Beendigung von Hunger bis 2030 benennt, steht auf der Tagesordnung.¹

Soweit so gut. Aber wie werden diese wichtigen Themen in den G20 Ländern und beim Gipfel angegangen? Aktuell werden die G20 von Kritikern eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung wahrgenommen, denn die Wachstumsfokussierung der G20 Politik steht im klaren Widerspruch zu den Zielen der Agenda 2030.

G20-Länder in der Pflicht

2015 haben sich 193 Staaten verpflichtet mit der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals SDGs) nachhaltig gegen Hunger und Armut zu kämpfen. Die Zielvorgaben gehen weit über die Millenniumziele hinaus. Während diese hauptsächlich Vorgaben für die Länder des globalen Südens machten, richten sich die SDGs an alle Staaten.

Insgesamt verfügen die Länder der G20 über 60% aller Agrarflächen und betreiben 80% des Handels mit Agrarprodukten. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der G20 Länder für die Welternährung und die Erreichung der SDGs.

Aktuell ist die Agrarpolitik der G20-Länder jedoch in hohem Maße für die nicht nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft mitverantwortlich. Brasilien ist zum Beispiel der größte Absatzmarkt für Agrarchemie. In Argentinien wird auf 20 Millionen Hektar Soja angebaut. Der Pestizideinsatz ist dort in den letzten beiden Jahrzehnten um 858% angestiegen.² Auch in Deutschland wird in der Landwirtschaft auf Quantität statt Qualität gesetzt. 2015 war Deutschland Exportweltmeister bei Schweinefleisch. Die hohen Mengen an Eiweißfutter für die Schweine, in Form von Soja, stammen dabei überwiegend aus Brasilien oder Argentinien. Hierzulande belastet überschüssige Gülle unsere Böden und das Grundwasser.

Die Kreise die diese auf Wachstum ausgelegte Agrarpolitik zieht, betreffen auch die Landwirtschaft, in den so genannten Entwicklungsländern. Westafrikanische Kleinbauern und Kleinbäuerinnen konkurrieren beispielsweise mit den billigeren Milchpulverimporten aus Europa und verlieren dadurch oftmals ihre Lebensgrundla-

1 www.g20.org/Webs/G20/DE/Home/home_node.html

2 Die toxische Wolke, die Südamerika einhüllt – Artikel von Leonardo Rossi zu den gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen des Sojaanbaus und Pestizideinsatzes in Paraguay und Argentinien / www.reduas.com.ar

ge. Zudem verschärfen sich in diesen Ländern der Kampf um Land und der Zugang zu Wasser.

Hunger beenden

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen spielen bei der Nahrungsproduktion eine wichtige Rolle. In den Entwicklungsländern produzieren sie bis zu 80% der Nahrung.

Sie sind zentral für die Ernährungssicherung, Bekämpfung von Armut und für den Aufbau der lokalen Wirtschaft, brauchen hierfür jedoch gut funktionierende Ökosysteme. Und sie brauchen Zugang zu Boden, Wasser und Saatgut.

Zur Erreichung des SDGs 2, Hunger bis 2030 zu beenden, braucht es eine Abkehr vom Glauben, alleinig Wachstum könnte den Hunger auf der Welt bekämpfen. Hierzu müssen Umweltschutz und Hungerbekämpfung zusammengedacht werden und das Menschenrecht auf Nahrung umgesetzt werden. Die Übertragung unseres Landwirtschaftsmodells auf den Rest der Welt birgt große Gefahren und ist keine nachhaltige Lösung.

Konzernmacht wächst – Bauernrechte werden geschwächt

Unser Essen und die Art wie es produziert wird, ist zunehmend abhängig von internationalen Agrarkonzernen. Mit den Fusionen von Dow-DuPont und ChemChina-Syngenta sowie der geplanten Übernahme des US-Konzerns Monsanto durch Bayer könnten in Zukunft drei Megakonzerne fast zwei Drittel des weltweiten Marktes für Saatgut und Agrarchemikalien kontrollieren. Damit haben sie einen großen Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Ernährung von Milliarden Menschen.

Diesem Machtzuwachs der Konzerne, mit den damit verbundenen Risiken, wird von den G20 Ländern nichts entgegengesetzt. Schlimmer noch, dieses Wachstum wird politisch unterstützt und sogar als Instrument zur Hungerbekämpfung gesehen.

So setzen beispielsweise die Neue Allianz zur Ernährungssicherung der G8 Staaten und die Sonderinitiative des deutschen Entwicklungsministeriums (BMZ) „Eine Welt ohne Hunger“ auf die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Diese Public Privat Partnership Projekte (PPPs) sollen bei der Umsetzung der Agenda 2030 helfen. Im Zuge der deutschen G20 Präsidentschaft werden weitere Programme initiiert: „Marshallplan mit Afrika“ und die Berlin Charter „Future of the Rural World“.

Schwerpunkt Afrika

Tenor dieser Programme ist es die afrikanische Landwirtschaft zu modernisieren, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Insbesondere sollen Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen auf dem Land geschaffen werden. „Jobs, Jobs, Jobs“ ist der Slogan des BMZ. Verbunden damit sind unternehmensfreundliche politische Reformen, die ein unternehmensfreundliches Investitionsklima schaffen sollen.

So muss beispielsweise das Unternehmen Zampal für ihre Palmölplantage 5 Jahre lang keine Steuern in Sambia zahlen und darf sämtliche Betriebsmittel zollfrei einführen.³

Vorsicht ist geboten, denn dahinter verbirgt sich die Vision einer Landwirtschaft nach europäischem Vorbild, d.h. der Fokus liegt auf Technologie und chemischen Inputs, anstatt auf Nachhaltigkeit und Menschenrechte. Die Strukturen, die mit diesen Programmen geschaffen werden, verhelfen den beteiligten Konzernen zu neuen Absatzmärkten und politischer Einflussnahme. Nur wenige Kleinbauern können an dieser Entwicklung teilhaben und von der Integration in die globalen Wertschöpfungsketten profitieren. Die Mehrheit der Menschen, deren Ernährung unsicher ist, kann sich die notwendigen teuren Betriebsmittel wie Dünger oder zertifizier-

tes Saatgut nicht leisten. Die versprochenen höheren Ernteerträge sind ohne diese Produkte jedoch nicht erreichbar. Sie, die eigentlich im Fokus stehen sollten, werden somit ausgeschlossen und verlieren oftmals sogar das von Ihnen genutzte Land. Hunger- und Armutsbekämpfung kann mit dieser Politik nicht gelingen.

Kleinbauern und vor allem Frauen müssen im ländlichen Raum durch die Durchsetzung von Landrechten, den gleichberechtigten Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen sowie eine den kleinbäuerlichen Bedarfen angepassten Infrastruktur unterstützt werden.

Agrarökologische Anbauverfahren, die gar keine oder sehr wenig externe Inputs erfordern, sollten vor dem Hintergrund der sozialen und ökologischen Probleme besonders gefördert werden.

Zivilgesellschaft fordert eine Neuorientierung der Agrar- und Entwicklungspolitik

Die Bewegungen in der Zivilgesellschaft, von Konsumenten und Landwirten, die für gesundes Essen, bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und fairen Handel stehen, wachsen weltweit. Im Januar fand in Berlin die 7. „Wir haben es satt Demo“ mit 18.000 Mitstreitern statt. Ein breites Bündnis setzt sich derzeit für das Voranbringen einer UN Erklärung, für die Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sowie anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, ein. Im Vorfeld des G20 Gipfels findet am 18./19. Juni 2017 der C20-Gipfel in Hamburg statt.⁴ Die Agrar Koordination und zahlreiche nationale und internationale Organisationen fordern im Bereich Landwirtschaft eine Neuorientierung der Agrar- und Entwicklungspolitik.

Bauernrechte müssen gestärkt werden. Die Rolle von Landwirten muss über die Produktion hinausgehen und die Verbesserung der Verfügbarkeit von vielfältigen, gesunden und sicheren Lebensmitteln zur Aufgabe haben.

Speziell Frauen brauchen einen sicheren Zugang zu Land, Finanzen und Beratung, um die Ernährung verbessern zu können und resilienter zu werden. Nicht nachhaltige landwirtschaftliche Methoden die die Ökosysteme der Erde zerstören, müssen der Vergangenheit angehören; insbesondere die Bedrohung der Artenvielfalt, die Verschwendung von Süßwasser und chemische Verschmutzungen.

Internationale Abkommen und Gremien wie das Committee on World Food Security CFS der FAO oder die freiwilligen Leitlinien zu Landnutzung, Investitionen und dem Recht auf Nahrung der UN müssen gestärkt werden.⁵

Jede Verbesserung in den Ländern der G20 hin zu einer ressourcenschonenden Landwirtschaft, die das Wachsen der bäuerlichen Landwirtschaft in den Fokus stellt und nicht die Gewinnmaximierung der Multinationalen Konzerne, kann dazu beitragen, die SDGs und insbesondere die Bekämpfung von Hunger zu erreichen. Deutschland sollte ihre Präsidentschaft der G20 hierzu nutzen. Vor allem muss die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und nicht an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet werden. Ernährungssouveränität ist das Stichwort: Menschen weltweit müssen über die Grundlage ihrer Ernährung selbst bestimmen und verfügen können. Gute Vorschläge und Initiativen hierzu gibt es bereits, sie müssen nur unterstützt und umgesetzt werden.

Mireille Remesch arbeitet als Bildungsreferentin bei der Agrar Koordination. Aktuelles Projekt: Wachstum für Wen? Wachsen und Weichen in Landwirtschaft und Ernährung

3 Konzerne als Retter? Das Geschäft mit der Entwicklungshilfe, Ein Film von Caroline Nokel und Valentin Thurn

4 Beim Civil 20 arbeitet ein Zusammenschluss nationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen die seit 2012 offiziell als Beteiligungsgruppe (sog. Engagement Group) der G20 anerkannt sind.

5 www.civil-20.org

Ernährungssicherheit in Tansania: Die SAGCOT-Strategie schlägt fehl

Interview von Kerstin Lanje (Misereor) mit Denis Mpagaze und Frank Ademba

Industrielle Landwirtschaft im großen Stil wird als die Lösung für den globalen Hunger betrachtet. Ein Beispiel ist SAGCOT, der „Southern Agricultural Growth Corridor of Tanzania“. Mit Unterstützung großer privater Investoren und unter Beteiligung der G7 wird auf einer Fläche von der Größe Italiens eine „moderne“ Landwirtschaft vorangetrieben. Das Ziel: Etwa zwei Millionen Menschen aus der Armut befreien und hunderttausende Arbeitsplätze schaffen. 2015 hat MISEREOR zusammen mit Partnern aus Tansania die Studie „Allianz der Zäune – großflächige Agrarinvestitionen in Tansania“ veröffentlicht und einen auf der Basis gleichnamigen Film produziert.

Was sich seitdem getan hat, berichten der Journalist und Dozent Denis Mpagaze, der das Thema Agrarinvestitionen in Tansania begleitet und Frank Ademba, Programmkoordinator bei der Bauernorganisation MVIWATA in Tansania. Beide begleiten die Initiative SAGCOT seit ihrer Gründung kritisch und sind sich sicher: Landnahme, Landkonflikte und Ernährungsunsicherheit sind die Folge. Aber der Zaun bekommt Löcher.



Foto © Maurice Ressel

Frank Ademba von der Bauernorganisation MVIWATA erklärt die komplexe Ausweisung von Land und den Erhalt von Landtiteln in Tansania.

Frank, Sie berichten von Landraub seitdem private Investoren nach Tansania gekommen sind. Was ist das Grundproblem?

Das größte Problem ist, dass Investoren Land übertragen bekommen, ohne den „free prior and informed consent“ der lokalen Bevölkerung. Das heißt, ohne dass die betroffene Bevölkerung frühzeitig oder umfassend über die Pläne informiert wird oder die Risiken und Auswirkungen des Verkaufs an einen Investor kennt. So kann man nicht von freier Zustimmung sprechen. Dazu kommt, dass in Tansania ein Großteil des Landes nicht amtlich registriert ist. Die Menschen leben seit vielen Generationen auf ihren Ländereien, haben aber keine offiziellen Landtitel. Umso leichter ist es für Investoren, Kleinbauern zu übergehen. Umso wichtiger ist es daher, dass das Land ausgewiesen und die Rechte der Kleinbauern daran offiziell anerkannt werden.

Sie arbeiten mit ihrer Organisation MVIWATA mit Kleinbauern zusammen. Haben sie ein Beispiel für einen solchen Konflikt?

Die Dorfgemeinschaft Lipokela bei Songea ist ein Beispiel. Dort wurde doppelt so viel Land an einen Investor verkauft, als die Dorfgemeinschaft ursprünglich zugestimmt hatte. Der Landverga-

beprozess in Tansania ist komplex, im Idealfall läuft er so ab: Die Bewohner werden in einer Dorfversammlung durch den Investor über sein Vorhaben informiert und befragt und die Dorfräte einbezogen. Jeder Dorfbewohner muss mit der Landvergabe einverstanden sein, erst dann wird ein Vertrag abgeschlossen, der vor allem die soziale Verantwortung des Investors herausstellt. Doch die Realität sieht anders aus. In Lipokela wurden Dorfbewohner ausgeschlossen oder vorab nicht befragt, viele verloren ihr Land, andere profitierten und nur wenige wurden auf der Kaffeeplantage vor Ort angestellt.

Gibt es weitere Probleme?

Durch Großinvestitionen in Tansania wird auch das Menschenrecht auf Nahrung verletzt. Die meisten Investoren produzieren, wie in Lipokela, Kaffee oder Holz oder andere Lebensmittel für den Export, aber keinen Mais, den die Menschen brauchen. So produzieren Arbeiter das, was sie nicht brauchen und konsumieren das, was in ihrer Region nicht angebaut wird. Die Folge: Sie müssen weite Strecken zu Feldern zurücklegen, auf denen sie ihre Nahrungsmittel anbauen. Ihr Land haben sie ja verkauft.

Von welcher Fläche sprechen wir? Wie viele Hektar Land sind in Tansania für private Investoren im Rahmen der SAGCOT-Initiative ausgewiesen bzw. wie viele Kleinbauern sind betroffen?

Es geht um eine riesige Fläche im Süden des Landes, der fruchtbarsten Region Tansanias. Ein Drittel der Bevölkerung ist direkt oder indirekt von SAGCOT betroffen; ein Großteil davon Kleinbauern. Bisher hat die Regierung den Großinvestoren innerhalb der SAGCOT-Region rund 146.000 Hektar Fläche zugesprochen.

Denis, Sie haben auf Basis der Ergebnisse der Studie „Allianz der Zäune“ einen Film gedreht, warum?

In Tansania erreicht man die Leute am ehesten, wenn es etwas zu sehen gibt. MISEREOR hat deshalb meine Idee unterstützt, einen Film auf Basis der Ergebnisse der Studie „Allianz der Zäune“⁶ zu drehen. Ich bin in die betroffenen Dörfer gefahren und habe dort Interviews mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gemacht. Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir haben den Film im Fernsehen gezeigt, in den sozialen Medien verbreitet, auf lokalen und internationalen Treffen gezeigt und rund 400 Kopien über die Organisation MVIWATA verbreitet. MVIWATA ist nun deutlich bekannter als NGO, die die Landrechte der Bevölkerung durch Vergabe von traditionellen Landzertifikaten zu sichern versucht.

Was hat sich seit Erscheinen der Studie und des Films getan?

Der Film hat für viel Aufsehen gesorgt. Zu sehen sind auch Berichte über die fragwürdigen Arbeitsbedingungen auf einer Kaffeeplantage von Olam Aviv in Songea. Schon in der Studie wurde gezeigt, dass der Produzent einige Versprechen, die er bei Übernahme des

6 <https://www.youtube.com/watch?v=v5zeYHTfYPA>

Twomney, H., Shiyoni, C.: Allianz der Zäune: Großflächige Agrarinvestitionen in Tansania, (MISEREOR), Aachen 2015

Twomney, H.: An Analysis of Access to Land and Tenure Security in Tanzania, (MISEREOR), Aachen 2017



Foto © Maurice Hessel

Landes gemacht hat, nicht umgesetzt hat. Dabei ging es zum Beispiel um die Renovierung einer Grundschule und den Aufbau einer Apotheke. Das Management hat sich zuletzt mit der Dorfbevölkerung getroffen und beides fertig gestellt.

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass der Lohn der Tagelöhner unter dem Existenzminimum in Tansania liegt. Er wurde von 4.000 auf 5.000 tansanische Schillinge angehoben (Anm. d. Red.: von rund 1,66 Euro auf rund 2,06 Euro). Mittlerweile gibt es auch Toiletten für die Arbeiterinnen und Arbeiter und sauberes Trinkwasser. Zwar wünschen sich die Dorfbewohner noch immer feste Arbeitsplätze und keine unsichere Anstellung als Tagelöhner, aber die Angleichung an den Mindestlohn ist zumindest ein erstes Zeichen, dass der Protest auch Wirkung zeigt.

Frank, welche Alternativen sieht bzw. unterstützt MWIWATA mit Blick auf die Souveränität von Kleinbauern?

Wir fördern lokale Märkte in fünf Regionen, denn der Zugang zu

Absatzmärkten ist für die Kleinbauern entscheidend. Darunter ein Markt bei Kibaigwa in der Region Dodoma, auf dem regionale Produzentennetzwerke ihren hochwertigen Mais zu guten Preisen mittlerweile an Käufer aus ganz Tansania und in Nachbarländer verkaufen. In Mbinga vermarktet ein Netzwerk aus 52 Gruppen seinen eigenen Kaffee – von der Produktion bis hin zum Verkauf. Teile der Gruppe verhandeln den Preis direkt an der Kaffeebörse in Moshi und verkaufen dann gemeinsam. Im Jahr 2015 haben sie etwa 700 Tonnen Kaffee geerntet und 1,8 Milliarden Tansanische Schilling eingenommen (Anmerkung der Redaktion: rund 720.000 Euro).

Wie verhält sich die neue Regierung und wie geht es weiter?

Ich bin positiv überrascht von der Regierung. Sie ist in Bezug auf die Landfrage sehr aktiv geworden und versucht, die Interessen der Armen, speziell der Kleinbauern, stärker zu berücksichtigen.

Präsident Magufuli hat alle neuen Investitionen im Land gestoppt, bis alle existierenden Verträge zwischen Regierung und großen Investoren geprüft worden sind. Die Studie und der Film haben unsere Möglichkeiten, für die Leute auch gegenüber der Politik in Sachen Landfragen einzutreten, deutlich gestärkt. Ein Vorschlag ist, dass Land nur noch für 33 Jahre an Investoren verpachtet wird statt 99 Jahre. Diskutiert wird auch, dass Land wieder an die Kleinbauern zurückgegeben werden muss, wenn es entgegen den Versprechungen der Investoren nicht genutzt wird. Aber an der grundsätzlichen Ausrichtung der Agrarmodernisierung mit großen Agrar-Unternehmen, die eigene Vermarktungsinteressen verfolgen, hat sich nichts geändert. Wir wollen stattdessen, dass die Kleinbauern in den Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Interviewt von *Kerstin Lanje*, Referentin für Welthandel und Ernährung - Misereor

Bodenpolitik: Land zum Wachsen

Simultan zu steigenden Miet- und Kaufpreisen bei Wohnungen in Städten läuft im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit ein Wettrennen auf Landwirtschaftsflächen in Europa. Seit der Finanzkrise 2007 wird vermehrt Kapital in Immobilien und Land gelenkt. Investoren, die mit Landwirtschaft vorher nicht in Berührung kamen, sehen nun ein attraktives Investment im Agrarsektor. Insbesondere in Ostdeutschland zeigt sich dieses Phänomen deutlich. Dort sind die Bodenpreise noch günstiger und die konservierte DDR-Agrarindustriestruktur lässt auf weitläufigen Äckern eine Bewirtschaftung mit großen Maschinen, hohen Pestizidgaben und wenig Arbeitskräften zu. Die Folgen: Monokulturen, Artensterben, fehlende Perspektiven in den Dörfern, Abwanderung der Menschen.

Grundlegende Weichenstellung liegt dabei in der Bodenpolitik, verbunden mit der Frage, wem Land zur Bewirtschaftung verpachtet oder verkauft wird. Sollte es bäuerlichen und vor Ort ansässigen Betrieben, die eine Verbindung zur Region haben zur Verfügung gestellt werden? Oder Agrar-Riesen, die auf kurzfristige Renditen setzen und Teil einer Holding sind? Häufig haben Letztere bei Landverkäufen den Zuschlag bekommen.

Junglandwirte haben es als Neueinsteiger besonders schwer. Ohne Land sind die Bedingungen für den Start der eigenen Existenzgründung schlecht. Dabei gibt es jede Menge Land von z.B. Kirche, Bund und Privatpersonen. Dennoch stehen sich bei Bieterverfahren in manchen Fällen Junglandwirt und Investor gegenüber, ein Missverhältnis wie im Kampf David gegen Goliath.

Kapitalstarke Betriebe bekommen häufig den Zuschlag, Junglandwirten bleibt nichts anderes übrig als weiterzusuchen. Von vornherein sind die Teilnahmebedingungen am Bodenmonopoly somit ungleich.

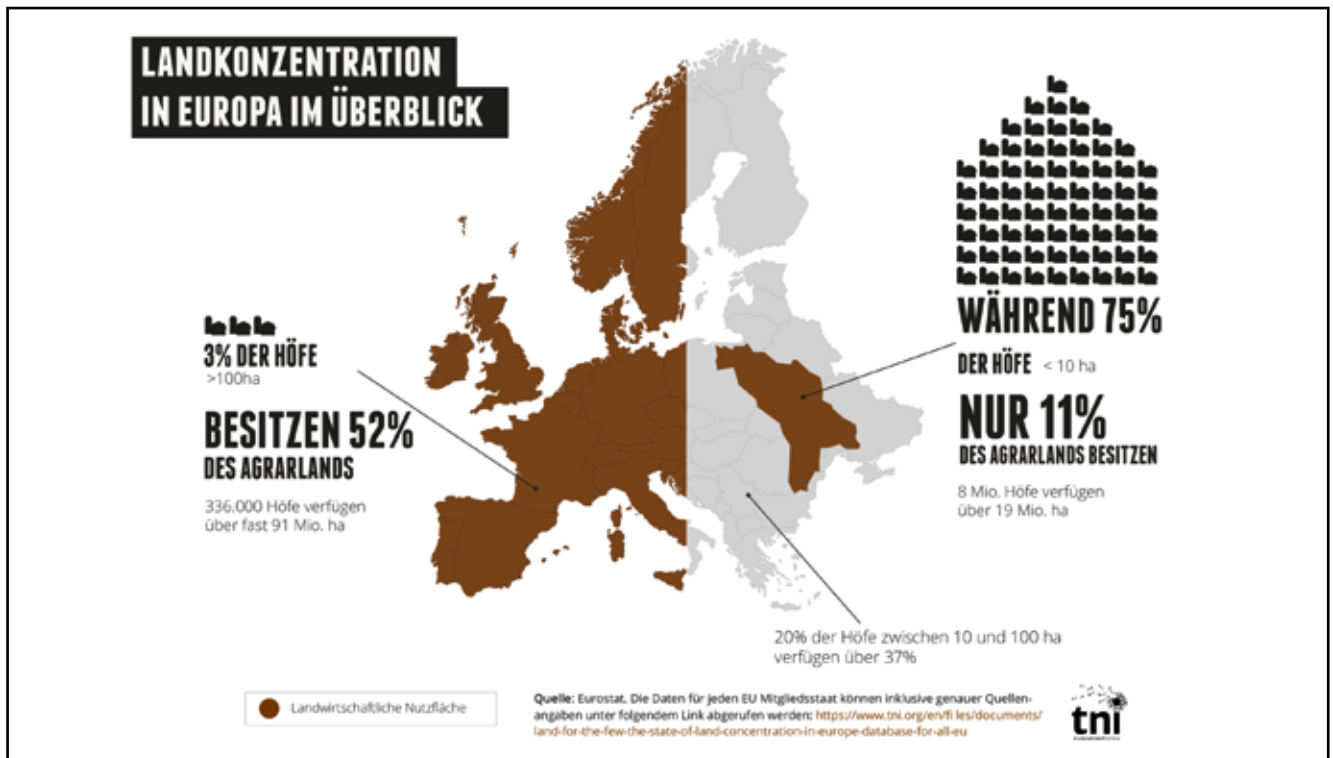
EU Agrarförderung

An Attraktivität gewinnt der Run auf Land zusätzlich durch die EU-Agrarförderung. Ausgerichtet ist diese an der Flächenausstattung der Betriebe. Jeder Hektar bedeutet somit bares Geld, unabhängig davon, was darauf angebaut wird.

Aktuell verfügen 3 % der Betriebe über 52 % des Agrarlands.⁷

Auch gesetzliche Bestimmungen wie Regelungen im Grundstück-

7 Landkonzentrationen in Europa: <https://fian.at/de/artikel/infografiken-landkonzentration-europa-viel-land-fu/>



verkehrsgesetz erschweren es Junglandwirten an Land zu kommen, da sie als Existenzgründer häufig noch nicht den erforderlichen Status haben, um für Landkauf oder -pacht privilegiert zu sein.

Eine aktive Bodenpolitik bietet große Chancen und Potentiale für den ländlichen Raum: Gelingt einem Junglandwirt die Existenzgründung, wird dies im Dorf aufmerksam verfolgt und durch den Kauf von Gemüse, Milchprodukten, Fleisch etc. honoriert. Dabei allein bleibt es manchmal nicht, Verpächter sehen mittlerweile hin, wem sie ihre Flächen geben. Und somit kommt es immer wieder vor, dass private Flächeneigentümer dem Existenzgründer nach einiger Zeit ihr Land verpachten.

Damit zeigt sich: Wird jungen Leuten eine Möglichkeit gegeben, sich in der Landwirtschaft auszuprobieren, kann dies große Strahlungseffekte haben. Mit der Folge, dass sich entgegen demografischer Vorhersagen, Menschen auch wieder im ländlichen Raum ansiedeln, in die Dörfer ziehen und neue Säulen sozialen und kulturellen Lebens aufbauen.

In der Ausrichtung einer mutigen und aktiven Bodenpolitik können Existenzgründungen gefördert, wirtschaftliche Stärkung im ländlichen Raum erreicht und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Einstieg von Junglandwirten sollte darum ein gesamtgesellschaftliches Interesse sein um dem Nachwuchs den Weg zu ebnen und die große Schere von Abgebenden und Suchenden zu schließen. Die Hälfte der europäischen Höfe wird von Landwirten bewirtschaftet, die über 55 Jahre alt sind. Demgegenüber stehen lediglich 8% der unter 35-Jährigen⁸. Daraus leitet sich ein massiver Nachfolgebedarf ab. Die EU-Agrarpolitik ist hier besonders gefragt, sie sollte Rahmenbedingungen setzen, um fördernde Maßnahmen für Neueinsteiger zu verankern.

Das Bündnis Junge Landwirtschaft und junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) leiten daraus klare Forderungen ab: Eine Gründungsprämie, um so kleinere Startinvestitionen unkompliziert zu ermöglichen ist notwendig. Geeignete Beratungsangebote bei Hofübernahmen und Begleitung bei Existenzgründung

sind künftig stärker zu fördern, um erfolgreichen Betriebsnachfolgenden den Weg zu ebnen. Ein Flächenpool für Junglandwirte um Zugang zu Land zu erleichtern und kleinere Betriebe vor Bodenspekulationen zu schützen.

Die Privatisierung von Bundesflächen der Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) soll gestoppt und in einen Flächenpool übertragen werden. Große Flächeneigentümer wie z.B. die Kirche, sollen Richtlinien unter Berücksichtigung von Junglandwirten aufstellen.

Dank zahlreicher Graswurzelinitiativen bewegt sich etwas in Europa, Landgrabbing wird als Problem wahrgenommen. Im EU-Parlament ist die Botschaft angekommen: Ende April 2017 wurde mehrheitlich ein Initiativbericht für Maßnahmen gegen Landgrabbing verabschiedet. Ziel ist es, eigene EU-Leitlinien für die Landverwaltung basierend auf den „UN-Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Land“ (VGGT) einzuführen.

Auch auf Bundesländerebene, wo nahezu die gesamte Gesetzgebung den Bodenverkehr betreffend angesiedelt ist, tut sich einiges: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern arbeiten an Agrarstrukturgesetzen, um den Bodenmarkt stärker zu regulieren. Als erstes Bundesland hat Sachsen-Anhalt kürzlich eine Niederlassungsprämie angekündigt, Junglandwirte erhalten für den Start Zuschüsse von 70.000 Euro und werden von der landeseigenen Landgesellschaft bei der Suche nach Hof und Fläche unterstützt.

Junglandwirte sehen gespannt auf die Neuverhandlungen der gemeinsamen Agrarpolitik und beobachten die Entwicklungen, nicht nur beim Zugang zu Land. Klar ist aber auch: Nur beobachten reicht nicht, neben der Arbeit auf dem Acker ist es notwendig sich auch für seine Überzeugungen politisch einzusetzen und zu kämpfen. Das werden die Junglandwirte von Bündnis Junge Landwirtschaft und jAbL weiter tun. Um bessere Chancen und lebenswerte Perspektiven in der Landwirtschaft zu ermöglichen.

Willi Lehnert

Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.; www.buendnisjungelandwirtschaft.org; [facebook.com/Buendnis Junge Landwirtschaft](https://www.facebook.com/BuendnisJungeLandwirtschaft)

⁸ Europa braucht Nachwuchs in der Landwirtschaft <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+IM-PRESS+20080530STO30464+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Enkeltaugliche Landwirtschaft für alle – sozial und ökologisch

Wie die regionale Ernährungssouveränität verloren geht – und wie man sie sich zurückholt

„Wachse oder weiche“ – das ist seit Jahrzehnten das Mantra in der Landwirtschaft. Und es war erfolgreich. Zumindest vordergründig: Immer größere Betriebe produzieren immer größere Mengen. Der Weltmarkt ist das Spielfeld.

Schaut man aber etwas genauer hin, sieht das Bild etwas anders aus. Nicht nur, dass immer mehr landwirtschaftliche Betriebe schließen, die eigentlich lebensfähig wären. Die verbleibenden Betriebe werden auch immer abhängiger: von Maschinenherstellern, von Chemie- und Saatgutkonzernen, von Großhändlern, von Banken, die das Wachstum finanzieren, von global agierenden Nahrungsmittel-Playern und von Handelsketten. Sie alle sind in den letzten Jahren sehr viel stärker gewachsen, als das für landwirtschaftliche Betriebe möglich ist.



Foto © Regionalwert AG Hamburg

Der ländliche Raum leidet

Gleichzeitig steigen die externalisierten Kosten, die die Produktion billiger Lebensmittel nach sich zieht. Ein paar Stichpunkte: Bodendegradation, Nitratreinträge ins Grundwasser, Verlust von Artenvielfalt und Know-how – auf landwirtschaftlichen Betrieben, aber beispielsweise auch bei Bäckern oder Fleischern.

Das alles führt letztlich dazu, dass die ländlichen Räume verarmen. Und das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch landschaftlich und kulturell. Denn gibt es keinen Bauern, keinen Bäcker, keinen Laden und keine Arbeitsplätze mehr, ziehen immer mehr junge Menschen weg. Steuereinnahmen sinken, Schulen und Kindergärten sind nicht mehr zu finanzieren – was die Dörfer wiederum nicht attraktiver macht.

Dazu kommen Kosten in ganz anderen Regionen. Etwa in Südamerika oder Afrika für den intensiven Soja-Anbau, um Futter für die Massentierhaltung zu produzieren.

Für all das zahlen wir zwar nicht an der Supermarktkasse. Aber trotzdem fallen die Kosten an.

Am Ende der finanziellen Nahrungskette

Das Grundproblem: Alle können den Preisdruck weitergeben. Fast alle. Die Kunden an die Supermärkte, die Supermärkte an Großhändler und Lebensmittelhersteller – und die wiederum an die Landwirte. Aber nach dem Landwirt kommt in der finanziellen „Nahrungskette“ niemand mehr. Die Bauern haben nur ihre

Böden, ihre Tiere – und ihre Familie, um den Druck abzapfen. Obwohl die Natur und die Landwirtschaft der Beginn der menschlichen Nahrungskette sind, stehen sie in der finanziellen Nahrungskette ganz am Ende.

Das Ergebnis: Einerseits freuen wir uns über billige Lebensmittel. Aber andererseits zahlen Dritte für die wahren Kosten (und immer mehr auch wir selbst, Stichwort Wasserpreise), während ein Großteil der Profite in den Händen weniger landet.

Wege aus der Wachstumsfalle

Wie kommt man da raus? Die Regionalwert-AGs sagen: Mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger, die sich ein Stück regionaler Ernährungssouveränität zurückholen, direkt vor ihrer eigenen Haustür. Und zwar so:

Die Regionalwert-AGs geben regelmäßig Aktien aus – an die Bürgerinnen und Bürger ihrer Region. Das Geld investieren sie nach sozialen und ökologischen Kriterien als Eigenkapital in nachhaltig arbeitende Betriebe.

Und zwar nicht nur in landwirtschaftliche Betriebe, sondern in die gesamte Wertschöpfungskette der Land- und Lebensmittelwirtschaft. Also zum Beispiel in Bio-Höfe, in Lebensmittelverarbeiter wie Bäckereien, Molkereien, Brauereien oder Schlachtereien – und in Lebensmittelhändler und Gastronomie-Betriebe. Oder anders gesagt: vom Acker bis zum Teller.

Investition nach sozialen und ökologischen Kriterien

Die Regionalwert-AGs berücksichtigen dabei nicht nur finanzielle, sondern auch soziale und ökologische Kriterien – wie etwa Humusaufbau, Pflege alter Sorten und Rassen, Berufsausbildung. Nicht als Beiwerk, sondern als Grundlage des Wirtschaftens. Denn insbesondere in der Land- und Lebensmittelwirtschaft gilt: Nur wer sich um soziale und ökologische Grundlagen kümmert, kann auch morgen noch gute Lebensmittel produzieren.

Dazu kommt: Die Partner-Betriebe arbeiten als regionale Netzwerke zusammen. Und: Die Aktionäre sind gleichzeitig auch Kunden, denen die Betriebe ein kleines Stück mitgehören – über ihre Aktien. Je mehr sie bei den Regionalwert-Partnern kaufen, desto besser geht es den Betrieben, der Aktie – und letztlich auch den Bürgerinnen und Bürgern der Region selbst. Die Interessen werden gleichgerichtet. Alle profitieren. Mittelfristig soll es in ganz Deutschland Regionalwert-AGs geben. Derzeit sind eigenständige Bürger-Aktiengesellschaften schon in den Regionen Freiburg, Isar-Inn, Hamburg/Schleswig-Holstein und Rheinland aktiv. In Berlin gibt es eine Gründungsgruppe. Alle diese Bürger-AGs freuen sich über Aktienkäufe und anderweitige Unterstützung. Ganz nach ihrem gemeinsamen Motto: Nimm's in die Hand!

Ulf Schönheim, Vorstand der Regionalwert AG Hamburg
www.regionalwert-hamburg.de

Hamburg auf dem Weg zur Ernährungswende

Gutes Essen als lokale Politik!

Wer bestimmt eigentlich, was auf unsere Teller kommt? Bislang werden zahlreiche Weichen dafür in Brüssel gestellt. Unter den Argusaugen globaler Konzerne und im Spannungsfeld der internationalen Agrarpolitik. Doch das soll sich in Zukunft ändern. Die Frage, wie wir uns ernähren, woher unser Essen kommt und wie es erzeugt wird, interessiert weltweit immer mehr Menschen. Sie fordern, dass Ernährung künftig Bestandteil der kommunalen Politik werden soll.

Diese Bewegung begann vor 35 Jahren in Nordamerika. Mittlerweile sorgt sie in mehr als 270 Städten, 212 in den USA und 60 in Kanada dafür, dass mehr Lebensmittel wieder im Dunstkreis der Städte angebaut und verarbeitet werden und, dass die Bürger dabei in Form von Food Policy Councils beratend mitbestimmen. Gemeinsam mit ihren Bürgermeistern und Stadträten holen sie das Essen wieder in die Städte zurück. Über Bauernmärkte, Kantinen, Catering, Schulküchen und auch über die großen Lebensmittelketten stärken sie die Bauern, die im Umkreis der Städte ackern und nicht die, die wie in den USA üblich, in 1000 Meilen Entfernung anbauen.

Der Einfluss der BürgerInnen geht bis in die Schaltzentralen der lokalen Politik. In Toronto, Kanada, geht kein Beschluss mehr durch den Stadtrat, der nicht vorher auf seine Folgen für die Stadternährung geprüft wurde. Wie mit den Flächen in der Stadt umgegangen wird, ob sie für Industrie, Wohnungsbau oder die Ernährung reserviert werden, unter der „Foodlence“ der Bürgerschaft werden die Konflikte aufgedeckt und dann politisch verhandelt.

Ernährungsräte in Deutschland

Deutschland hat diese Bewegung erst sehr viel später erreicht. Seit 2014 beginnt sich die Zivilgesellschaft in Form von Ernährungsräten zu formieren. In Köln schlossen die Bürger im März 2016 einen Kontrakt, an dem auch die Stadtverwaltung, allen voran die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, beteiligt ist. In Berlin gründete die Zivilgesellschaft im April 2016 ihren Ernährungsrat, hier allerdings ohne Beteiligung der Politik. Am 28. November 2016 lief als dritte Gründung der Zivilgesellschaft in Deutschland der Ernährungsrat in Hamburg vom Stapel, auch hier ohne Beteiligung der Stadt.

Wie eine Studie des Instituts für Welternährung (IWE) Berlin zeigt, sind in Hamburg mehr als 90 Organisationen aktiv. Ihre Stärke, so das Ergebnis der Studie, ist ihre Vielfalt, ihre Schwäche ist die Unübersichtlichkeit und der Mangel an gemeinschaftlicher Organisation. Doch genau das sollte sich mit dem Treffen ändern, zu dem das Institut für Welternährung unter dem Dach der Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken in Hamburg eingeladen hatte.

Es kamen mehr als 80 interessierte BürgerInnen und AktivistInnen aus den unterschiedlichsten Hamburger Initiativen und Organisationen, darunter Agrar Koordination, Slow-Food Hamburg, Ökomarkt Hamburg e.V., Reginalwert AG Hamburg, das Netzwerk Öko-Landbau Schleswig-Holstein, auch die Studentinnen und Studenten wollten bei der Neuausrichtung der Hamburger Ernährungspolitik mitwirken.

Als eine mögliche Plattform in Hamburg bot sich die Initiative „Ernährungsrat Hamburg“ an, die ursprünglich aus der Urban-Gardening Bewegung hervorgegangen ist.

Das Treffen in Hamburg war ein Meilenstein im Projekt: „Deutschland auf dem Weg zur Ernährungswende“. Gefördert vom Bundesumweltamt wird darin die Zivilgesellschaft in vier deutschen Metropolen (Berlin, Köln, Hamburg und München) dabei unterstützt, regionale Ernährungskonzepte zu entwickeln. Dass scheint nach Köln und Berlin nun auch in Hamburg geglückt zu sein. Jedoch um echte Wirkkraft

zu entfalten, bedarf es auch vor allem einer deutlichen Unterstützung und Kooperation mit der kommunalen Politik. Doch der Kontakt zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik muss erst wachsen.

Was im Rheinischen Köln mit leichter Hand gelang, brauchte in Berlin schon mehr Anlauf. Der Ernährungsrat lud als eine seiner ersten Amtshandlungen die Parteien ein, um mit ihnen im Vorfeld der Senatswahl die Frage eines Ernährungskonzepts für die Hauptstadt zu diskutieren. Mit Erfolg. Im Koalitionsvertrag des neuen Senats steht nun die Forderung nach einer regionalen Ernährungspolitik und als Ansprechpartner dafür der Ernährungsrat der Stadt.

Das Politische im Essen wurde auch im März dieses Jahres in München entdeckt. Dort fanden sich mehr als 70 Interessierte zu einem Vernetzungstreffen zusammen. Auch in Kiel und Kassel rumort es in der Bürgergesellschaft.



ERNÄHRUNGSWENDE

Nicht nur in den Städten

Doch nicht nur in den großen Städten macht das Beispiel der Ernährungsräte Schule, auch in kleineren Kommunen wie dem Bayerischen Leutkirch findet es Nachahmer. Gemessen an der Entwicklung in den USA mit über 200 Ernährungsräten steht die Regionalisierung der Ernährung in Deutschland erst am Anfang.

Doch sie ist unumgänglich. Daran lässt die Entwicklung keinen Zweifel. Der Klimawandel gefährdet die Ernten weltweit. Weite Transportwege werden wir uns wegen der damit verbundenen Klimabelastung immer weniger leisten können. Hinzu kommt: die Fundamente unserer Ernährung, Boden Wasser und Artenvielfalt, schrumpfen und dies bei gleichzeitig wachsender Weltbevölkerung.

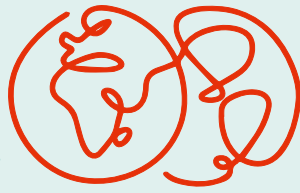
Unsere scheinbar so selbstverständliche Versorgung ist längst nicht mehr so sicher, wie wir glauben. Der Lebensmittelvorrat in unseren Städten reicht heute gerade noch für 3 Tage.

Das alles verlangt ein Umdenken. Wir brauchen neue Ernährungskonzepte, die Zukunft der Ernährung liegt in der Region, öko und fair. Für Harald Lemke, dem Hamburger Gastrosophen, steht fest: „Unser Essen ist politisch“. Ernährung ist längst keine Privatsache mehr, sie muss als „gesellschaftliches Megathema“ behandelt werden.

*Dr. Wilfried Bommert, Vorstand, Institut für Welternährung
Agnes Streber, Ernährungsinstitut KinderLeicht München*

Gipfel für globale Solidarität

5.+6. Juli in Hamburg



Die Alternative zum G20-Gipfel in Hamburg – auf Kampnagel

www.solidarity-summit.org

Die Agrar Koordination ist dabei:

Podium 4:

Klima retten und Ernährung sichern – geht das mit der G20?

Wir brauchen ein neues Entwicklungsparadigma für Klimagerechtigkeit und für Ernährungssouveränität!

► 6.7.2017, 10 – 12 Uhr, Kampnagel
Jarrestraße 20, 22303 Hamburg

Workshop:

Saatgut – Ernährungssouveränität statt Profite für Saatgutkonzerne

► 6.7.2017, 17 - 19 Uhr in der Zinnschmelze,
Maurienstraße 19, 22305 Hamburg

Workshop:

Globale Ernährungsgerechtigkeit am Beispiel Bodenpolitik und Land grabbing in Deutschland und Tansania

► 6.7.2017, 13 - 15 Uhr in der Epiphanienkirche,
Großheidestraße 44, 22303 Hamburg

Dieses Agrar Info erscheint als Beilage der taz am 16.06.2017

Unser vierseitiges Agrar Info erscheint sechs Mal im Jahr. Es kann per Lastschrift zum Preis von 16,80 € als Printausgabe per Post und für 10,80 € als PDF bestellt werden. Unsere Mitglieder erhalten das Agrar Info kostenfrei!

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit unterstützen, Agrar Koordination spenden!

Ernährung geht uns alle an und damit auch, wie landwirtschaftliche Produkte erzeugt werden. Seit 30 Jahren setzt sich die **AGRAR KOORDINATION** für eine Landwirtschaft ein, die Artenvielfalt, Böden und Gewässer schützt und Ernährung weltweit sichert. Die **AGRAR KOORDINATION** ist als gemeinnützig anerkannt. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Möchten auch Sie unsere Arbeit unterstützen? Ihre wichtige Spende für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.

Spendenkonto:

FIA e.V., GLS Bank · IBAN: DE29 4306 0967 2029 563500 · BIC: GENODEM1GLS

DIE AGRAR KOORDINATION

Seit 1983 arbeiten wir bundesweit in der entwicklungs- und umweltspezifischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen aus Landwirtschaft und Ernährung. Mit unseren Projekten, Publikationen und Veranstaltungen wollen wir die agrarpolitischen Entwicklungen in eine Richtung beeinflussen, die nachhaltig ist. Wir informieren über die Auswirkungen der internationalen und der EU-Agrarpolitik auf die Länder des Südens und deren Ernährungssouveränität. Dabei setzen wir uns für eine moderne bäuerliche Landwirtschaft ein, die Artenvielfalt, Böden und Gewässer schützt. Dazu gehört unserer Ansicht nach die lokale Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie faire Preise für Bäuerinnen und Bauern in Nord und Süd.

Das Forum für internationale Agrarpolitik e.V. ist der gemeinnützige Trägerverein der Agrar Koordination. Neue Mitglieder sind willkommen. Wir arbeiten in den folgenden Bereichen:

BILDUNGSARBEIT

Seit 2004 bringen wir mit unserem Bildungsprojekt BIOPOLI globale Agrarpolitik an Schulen in ganz Deutschland. Jugendliche haben heutzutage nur noch begrenzt einen eigenen Zugang zur Nahrungserzeugung und Landwirtschaft. Weltweit gesellschaftlich relevante Themen wie der Klimawandel, Welternährung und Globalisierung sowie die für Europa maßgebende EU Agrarpolitik stehen damit aber im Zusammenhang. Unsere geschulten ReferentInnen gehen auf Anfrage in Schulen und Jugendgruppen und gestalten zu diesen Themen einen Projekttag oder eine Unterrichtsstunde. Dazu veröffentlichen wir umfangreiche Bildungsmaterialien.

NETZWERK- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Bundesweit organisieren wir entwicklungs- und agrarpolitische Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Kampagnen. Dazu laden wir kompetente Gäste ein, zeigen relevante Filme und präsentieren Studien und Erfahrungsberichte. Zusammen mit anderen Organisationen beteiligen wir uns an Lobbyaktionen und Stellungnahmen zur Agrar- und Umweltpolitik.

MITGLIEDSCHAFT

Ihre Mitgliedschaft beim Forum für internationale Agrarpolitik e.V. stärkt unsere Arbeit. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 60 € im Jahr und beinhaltet den Bezug des Agrar Info.

KONTAKT

AGRAR KOORDINATION
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel. 040-39 25 26
Fax: 040-39 90 06 29
Email: info@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (Agrar Koordination)

Redaktion (V.i.S.d.P.):

Mireille Remesch

Layout:

Druckerei in St. Pauli

Diese Publikation wird unterstützt von:



Diese Beilage kann auch in großer Stückzahl bei der Agrar Koordination bestellt werden. Die Artikel finden Sie zudem auf unserer Internetseite zum Download.

